ANTRAG

an die 189. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 23. Mai 2025

Sicherstellung des Projektes „Gesund aus der Krise“

Die 189. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Tirol fordert die Tiroler Landesregierung auf, in Gesprächen mit der Bundesregierung eine Verlängerung der Finanzierung des Projekts „Gesund aus der Krise“ zu erwirken. Eine angemessene Budgetierung soll vorgesehen werden, die es ermöglicht, das bestehende Angebot weiterhin in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen. Zur Absicherung und Ergänzung der bundesfinanzierten Mittel wird die Tiroler Landesregierung aufgefordert, entsprechende Mittel bereitzustellen. Diese sollen gezielt für die nachhaltige Implementierung und Weiterentwicklung des Projekts „Gesund aus der Krise“ verwendet werden. Ferner soll ein Konzept zur nachhaltigen Integration des Projekts in die bestehende psychosoziale Versorgungsstruktur entwickelt und dessen Umsetzung fortlaufend evaluiert werden.

Begründung:

Die Corona-Pandemie und weitere Krisen haben zu einer signifikanten Zunahme psychischer Belastungen bei jungen Menschen geführt. Das Projekt „Gesund aus der Krise“ wurde im April 2022 ins Leben gerufen, um jungen Menschen bis 21 Jahre eine kostenfreie psychosoziale Versorgung anzubieten. Evaluationsstudien – unter anderem durch die Universität Innsbruck – belegen, dass bereits nach durchschnittlich 15 Beratungs- bzw. Behandlungseinheiten in 85% der Fälle eine deutliche Verbesserung des psychischen Zustands erreicht wird. Neben den erwiesenen positiven Effekten zeigt sich aktuell eine dramatische Versorgungslücke, da das Projekt zum Ende Juni ausläuft und rund 300 Kinder und Jugendliche bundesweit dringend auf einen Betreuungsplatz warten. (*Gesund aus der Krise, ORF Tirol, 31.03.2025, Übersicht über psychosoziale Angebote in Tirol*)

Neben der akuten Versorgungsnotwendigkeit ist insbesondere hervorzuheben, dass psychische Langzeiterkrankungen schwerwiegende, jahrzehntelange negative Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung sowie die Eigenständigkeit der Betroffenen haben. Diese immateriellen Schäden führen langfristig zu einem erhöhten finanziellen Aufschlag im Gesundheitswesen. In Anbetracht vermehrter depressiver Symptomatik, weitverbreiteter Schlafstörungen und signifikanter Angstsymptome besteht ein massiver Handlungsbedarf. Es ergibt sich insbesondere die Notwendigkeit, dass - sollte die Bundesregierung das Projekt nicht umfinanzieren - auch das Land Tirol in die Pflicht genommen werden muss, um den sozialen und volkswirtschaftlichen Schaden zu minimieren. (*Gesund aus der Krise, ORF Tirol, online, 31.3.2025, abgerufen 14. 4. 2025*)

Im Lichte der verfassungsrechtlich verankerten staatlichen Fürsorgepflicht, des Rechts auf Gesundheit und der sozialen Grundrechte ist es unabdingbar, bei drohender Unterbrechung der psychosozialen Versorgung junge Menschen nicht der langfristigen Gefährdung auszusetzen. Die öffentliche Hand - in Form des Bundes und der Landesregierungen - ist verpflichtet, präventive und nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, die einer potenziell

chronifizierenden Entwicklung psychischer Erkrankungen entgegenwirken. Das bestehende Projekt stellt in diesem Kontext eine zentrale, evaluierte Investition in die Zukunft der Gesellschaft dar, deren Fortführung weit über eine rein kurzfristige Krisenintervention hinausgeht. (*Psychosoziale Angebote in Tirol* LStartseite, www.psychosoziale-angebote.tirol/page.cfm?vpath=indexsoziale AngebotOlliroLJ-St^^ abgerufen am 25.4.2025)

Vor diesem Hintergrund ist es geboten:

1. Gesprächstermin mit der Bundesregierung: Die Tiroler Landesregierung umgehend Gespräche mit der Bundesregierung aufnimmt, um eine Verlängerung der Finanzierung für das Projekt „Gesund aus der Krise“ zu erwirken. Hierbei soll eine Anpassung der Budgetposten seitens des Bundes angestrebt werden, um den bestehenden Versorgungsbedarf adäquat zu decken.

2. Solidarische Verpflichtung des Landes Tirol:

Sollte der Bund die Finanzierung nicht verlängern, ist das Land Tirol angehalten, mittels eigener Haushaltsmittel einzuspringen, um den drohenden Versorgungsengpass sowie die daraus entstehenden langfristigen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden zu kompensieren.

3. Langfristige Integration und Evaluation:

Ferner ist die Landesregierung beauftragt, ein Konzept zur nachhaltigen Integration des Projekts in die bestehende psychosoziale Versorgungsstruktur zu entwickeln und dessen Umsetzung fortlaufend zu evaluieren. Dies umfasst eine detaillierte Analyse des aktuellen Bedarfs sowie die Prognose zukünftiger Ressourcenerfordernisse.

Die Fortführung des Projekts „Gesund aus der Krise“ greift nicht nur in die unmittelbare Versorgungslücke von knapp 300 wartenden jungen Menschen ein, sondern setzt auch einen entscheidenden Impuls zur Prävention langfristiger psychischer Erkrankungen und der daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Belastungen. Die Tragweite dieser Maßnahme erfordert ein entschlossenes, koordiniertes Handeln von Bund und Land Tirol, um auch weiterhin eine hochwertige psychosoziale Versorgung gewährleisten zu können. Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Gefahr des Auslaufens dieses Projektes für die Patientinnen und Patienten.